

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
**am 10.09.2024**

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 20:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino  
Herr Steve Kuhlmann  
Frau Tanja Orłowski  
Herr Michael Weber bis incl. TOP 8

SPD

Frau Sylvia Gorsler  
Herr Markus Kollmeier  
Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Serafin Eilmes  
Herr Joachim Hood  
Frau Sarah Labarbe  
Frau Ruth Wegner als Vertretung für Herrn Wiemer

FDP

Herr Gregor vom Braucke als Vertretung für Herrn Focke

Die Partei

Herr Johannes Künsebeck als Vertretung für Herrn Loth

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic Integrationsrat  
Herr Rüdiger Klein Psychiatriebeirat

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich  
Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Ursula Haas-Olbricht Seniorenrat, als Vertretung für Frau Huber

### Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Frau Silke Aron	Büro für Sozialplanung
Frau Ivonne Berg	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Frau Nora Kristin Gäbel	Büro für Sozialplanung, bis incl. TOP 8
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Herr Felix Heckersdorf	Büro für Sozialplanung, bis incl. TOP 14
Frau Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Aiko Linnenbürger	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Simon Löwenstein	CDU-Fraktionsreferent
Herr Kapriel Meser	Amt für Schule, bis incl. TOP 6
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter Dezernat 5
Frau Elke Riemann	Stab Dezernat 3
Herr Stefan Wagener	Amt für Schule, bis incl. TOP 6
Herr Sören Wiebusch	Stab Dezernat 5

### Gäste

Herr Dr. Georg Galle	Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe, Gütersloh, bis incl. TOP 7
Herr Ulrich Paus	AGW
Herr Jan Hendrik Schneck	ZIG - Zentrum für Innovation in der Gesundheitswirtschaft OWL, bis incl. TOP 7
Herr Oliver Wittler	JBA/REGE mbH bis incl. TOP 6

### Schriftführung

Frau Britta Zimmermann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
------------------------	--

---

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die anwesenden Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) zur 41. Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zur **Tagesordnung** weist Vorsitzende Frau Gorsler die Ausschussmitglieder auf die Unterlagen im Informationssystem hin.

Frau Weißenfeld beantragt für die SPD-Fraktion **1. Lesung für TOP 12** „Ergebnisse der Prüfung, ob die Beschäftigung eigener Gebärdensprachdolmetscher\*innen bei der Stadt Bielefeld vorteilhaft sein könnte“, **Drucks.-Nr. 8498/2020-2025** und **TOP 13** „Ergebnisse der Prüfung, ob eine interne Lösung für Leichte Sprache bei der Stadt Bielefeld vorteilhaft sein könnte“, **Drucks.-Nr. 8499/2020-2025**.

Herr Copertino beantragt, den **TOP 4.1** „Prepaid-Bezahlkarte für Asylbewerber (Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 06.02.2024)“, **Drucks.-Nr. 7479/2020-2025** auf die nächste Sitzung zu vertagen. Dann solle die Beschlussfassung erfolgen, das sei im Vorfeld mit der Koalition abgesprochen worden.

Vorsitzende Frau Gorsler hält fest, dass damit auch der Änderungsantrag der FDP-Fraktion mit **Drucks.-Nr. 8657/2020-2025** auf die nächste Sitzung vertagt wird.

Vorsitzende Frau Gorsler weist darauf hin, dass die Vorlagen für die Haushaltsberatungen unter **TOP 18** „Haushaltsplanberatungen für den Doppelhaushalt 2025/2026“ in 1. Lesung behandelt würden. Sie bittet darum, Fragen zu diesen Tagesordnungspunkten schriftlich bis zum 06. Oktober 2024 an die Verwaltung zu richten.

Die Anwesenden sind mit den Änderungen der Tagesordnung einverstanden.

-.-.-

### Zu Punkt 1

#### Genehmigung von Niederschriften

### Zu Punkt 1.1

#### Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 39. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.06.2023

#### Beschluss:

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.06.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 1.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 40. (Sonder-)Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 27.06.2024**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. (Sonder-)Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 27.06.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 2 Mitteilungen**

**Zu Punkt 2.1 Bielefeld wird assistenzhundfreundliche Kommune (6732/2020-2025/1)**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

-.-.-

**Zu Punkt 2.2 Förderzusage für das Modellprojekt „Quartier inklusiv!“**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

-.-.-

**Zu Punkt 2.3 Forum Lebenslagenbericht am 15. November 2024**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Büros für Sozialplanung. Frau Aron ergänzt, dass die Veranstaltung von 12 bis 15 Uhr stattfindet.

-.-.-

**Zu Punkt 2.4 Befragung zur Bedarfseinschätzung der stationären pflegerischen Versorgung in Bielefeld**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

-.-.-

**Zu Punkt 2.5 Ehrenamtskarte – Einführung zum 01.09.2024**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen – Sozialamt.

-.-.-

**Zu Punkt 2.6 Suchthilfe und Prävention für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

-.-.-

**Zu Punkt 3 Anfragen**

**Zu Punkt 3.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 29.08.2024 zur Unterbringung von Wohnungslosen in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8547/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die vorliegende schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

**Zu Punkt 4 Anträge**

**Zu Punkt 4.1 Prepaid-Bezahlkarte für Asylbewerber (Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 06.02.2024 und Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion vom 09.09.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7479/2020-2025 (CDU-Antrag)

8657/2020-2025 (FDP-Änderungsantrag)

- vertagt -

-.-.-

**Zu Punkt 4.2 Prüfauftrag zu Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8528/2020-2025

Herr Copertino bringt den Antrag für die CDU-Fraktion ein und bittet um Zustimmung.

Herr vom Braucke erklärt für die FDP-Fraktion die Zustimmung und fragt, wie die Verwaltung die Umsetzung aktuell beurteile.

Frau Beier teilt mit, dass sich die Koalition auf die Zustimmung zu dem Prüfauftrag verständigt habe. Sie trägt ihre Bedenken zu dem Thema vor. Der Zugang zu regulärer Arbeit solle Vorrang haben.

Herr Eilmes fragt, wie die Auswahl für die Arbeitsgelegenheiten erfolge und

ob Freiwilligkeit eine Rolle spiele.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet, dass die Stadt Bielefeld momentan keine derartigen Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber\*innen (AGH) anbiete. Dies liege daran, dass aktuell nur wenige Personen im Grundleistungsbezug nach dem AsylbLG stünden, etwa 30 volljährige Personen. Für die Menschen in Bielefeld, die deutlich länger als 18 Monate Leistungen nach dem AsylbLG erhielten, seien diese AGH nicht in erster Linie gedacht, ein Angebot an diesen Personenkreis könnte im Einzelfall geprüft werden. Von diesen rd. 150 Personen sei aber ca. ein Fünftel bereits mit Erwerbseinkommen versorgt.

Er stünde den AGH insoweit positiv gegenüber, als sie ein geeignetes Instrument sein könnten, den Menschen einen Tagesinhalt zu geben und einen Einstieg ins Arbeitsleben zu finden, denn mit den Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen seit 2015 (FIMs) habe die Stadt gute Erfahrungen gemacht. Große Auswirkungen seien zahlenmäßig nicht zu erwarten.

Vorsitzende Frau Gorsler lässt über den Antrag abstimmen.

### **Beschluss:**

**Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie und in welchem Umfang in Bielefeld Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz bei staatlichen, kommunalen und gemeinnützigen Trägern zur Verfügung gestellt werden können.**

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 5**

### **Vierter Kommunalen Lernreport (2023) der Stadt Bielefeld**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8171/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Meser und Herr Wagener. Diese stellen den Lernreport 2023 schwerpunktmäßig vor. Die dafür verwendete Präsentation steht als **Anlage 1** zu TOP 5 der 41. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Herr Meser erläutert kurz die Systematik des 4. Lernreports und geht dann näher auf die kommunalen Rahmenbedingungen ein. Herr Wagener schließt mit Ausführungen zur Elementarbildung an. Als Datengrundlage seien die Schuleingangsuntersuchungen ausgewertet worden. Zur schulischen Bildung nennt Herr Meser die Handlungsempfehlungen aus dem Lernreport und erläutert die Verteilung der bildungsrelevanten Belastungen. Herr Wagener informiert über Auswertungen der Schulformen-Empfehlungen und der tatsächlichen Aufnahme in einer Schule u.a. in Abhängigkeit vom Sozial-Index. Zur Inklusionsleistung in Schulen erklärt Herr Meser verschiedene Quoten unterschieden nach deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit.

Im Anschluss beantworten die Berichterstatter Fragen der Anwesenden.

Zusammenfassend betont Herr Meser, dass in allen Schulformen sehr gute Bildungsprozesse liefen. Aufgrund der Vielschichtigkeit des Themas ließen sich keine Kausalzusammenhänge ableiten, vielmehr handele es sich um gleichzeitig auftretende Phänomene.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt **Kenntnis** vom Vierten Kommunalen Lernreport (2023) als Arbeitsgrundlage der Verwaltung. -

-.-.-

## Zu Punkt 6

### **Ausbildungsreport 2023 der Jugendberufsagentur Bielefeld**

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Wittler. Er stellt den zweiten Ausbildungsreport der Jugendberufsagentur für das Berichtsjahr 01.10.2022 bis 30.09.2023 mittels einer Präsentation vor. Diese steht als **Anlage 2** zu TOP 6 der 41. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Anschließend beantwortet Herr Wittler Fragen der Anwesenden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Ausbildungsreport 2023 der Jugendberufsagentur Bielefeld zur **Kenntnis**. -

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **Projekt LEX LOTSEN OWL**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8416/2020-2025

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Vorsitzende Frau Gorsler Herrn Dr. Galle und Herrn Schnecke.

Herr Dr. Galle berichtet, dass das Projekt LEX LOTSEN OWL ein auf drei Jahre befristetes Nachfolgeprojekt des Projektes „Stroke OWL“ sei. In Bielefeld gebe es aktuell vier Lotsen/Lotsinnen beim EvKB, die bei komplexen Versorgungssituationen durch Case-Management unterstützen.

Nachdem verschiedene Projekte bundesweit den Einsatz von Lotsen bei unterschiedlichen Krankheitsbildern untersucht hätten, müssten nun die notwendigen gesetzlichen Vorgaben für einen Gesetzentwurf erarbeitet werden. Dabei seien die Aufgaben, Kompetenzen und Finanzen sozialgesetzbuchübergreifend zu regeln.

Es würden regionale Lotsenbüros eingerichtet, die quasi als Leitstelle für die verschiedenen Lotsenfunktionen dienen sollten. Für diese Lotsenbüros gebe es unterschiedliche organisatorische Lösungen. In Bielefeld übernehme das Büro für Sozialplanung die Koordinationsaufgabe.

Herr Schnecke ergänzt die verschiedenen Varianten der Lotsenbüros in OWL.

In der sich anschließenden Aussprache regt Herr Klein an, die Daten aus

diesen Projekten auch für die Gesundheitsberichterstattung zu nutzen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 8416/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

## **Zu Punkt 8      Aktionsplan Bielefelder Pflegegipfel**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8502/2020-2025

Herr Hood bittet darum, den Beschlussvorschlag unter 2. dahingehend zu erweitern, dass auch die Ministerien auf Bundesebene adressiert werden. Damit sind die Anwesenden einverstanden.

Herr Hood fragt, welches SGA-Mitglied am nächsten Tag der Pflege am 12.05.2025 teilnehmen solle. Dazu antwortet Herr Nürnberger, dass hierfür zuerst die Vorsitzende angefragt würde. Frau Gäbel ergänzt, dass sie auch Frau Beier als Vertreterin des SGA im Aktionsbündnis „Bielefelder Pflegegipfel“ um die Teilnahme bitten werde. Die Veranstaltung sei für weitere Mitglieder des SGA offen.

Frau Beier und Frau Rammert berichten über Rückmeldungen zu den bisherigen Aktionen. Frau Beier bittet darum, künftig mehr die Pflegekräfte und nicht nur die Leitungskräfte einzubinden. Hierzu meint Frau Gäbel, dass sich die neuen Formate erst hätten etablieren müssen und dass künftig weiter verschiedene Formate angeboten werden sollten.

Zum Thema Parkplätze für Pflegekräfte teilen Frau Gäbel und Beigeordneter Herr Adamski kurz den aktuellen Sachstand mit. Unentgeltliche Parkplätze und Ausnahmegenehmigungen könnten derzeit nicht bereitgestellt werden.

Vorsitzende Frau Gorsler lässt über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Abweichender Beschluss:**

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Aktionsplan Bielefelder Pflegegipfel beschriebenen Maßnahmen gemeinsam mit den genannten Kooperationspartner\*innen umzusetzen.**
- 2. Die Verwaltung wird gebeten, die Inhalte des Bielefelder Positionspapiers, die die aktuelle Diskussion um Ansatzpunkte für Verbesserungen in der Pflege ergänzen, an die zuständigen Ministerien auf **Bundes- und** Landesebene weiterzugeben.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-



## Zu Punkt 9

### **Weiterführung des Quartiersmanagements in der nördlichen Innenstadt an den zwei Standorten Meller Straße / Kamphofviertel und Herforder Straße / Am Lehmstich**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8412/2020-2025

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger führt in die Vorlage ein. Er betont, dass die INSEK-Mittel in drei Jahren erschöpft seien und dass daher Strukturen zur Verstetigung der Anlaufpunkte geschaffen werden müssten.

Herr Hood unterstützt die Maßnahmen und besonders das Ziel, dass sie unabhängig von finanzieller Förderung werden. Auf seine Frage antwortet Frau Aron, dass sich die Restmittel des Büros für Sozialplanung aus Stellenvakanzen generierten.

Herr vom Braucke ergänzt, dass er sich die Darstellung der finanziellen Auswirkungen wünsche, auch wenn es um eine Umverteilung nicht verbrauchter Mittel gehe. Er möchte wissen, an welchen qualitativen und quantitativen Merkmalen die Beurteilung der Arbeit erfolge. Frau Aron antwortet, dass durch das Quartiersmanagement viele Projekte angeschoben worden seien, dass viele Kontakte zu Quartiersbewohnern und -bewohnerinnen aufgebaut würden und dass ein großes ehrenamtliches Engagement von den Hauptamtlichen unterstützt werde, gerade im Bereich des jungen Ehrenamtes.

Nach Abschluss der Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

#### **Beschluss:**

##### **Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:**

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die INSEK-Restmittel aus dem Zuwendungsbescheid Nr.: 03/010/23 der Bezirksregierung Detmold für den Baustein „Quartiersmanagement“ für die Weiterführung der Quartiersmanagements im nördlichen Innenstadtrand mit den Standorten Meller Straße/Kamphofviertel und Herforder Straße/Am Lehmstich zu verwenden. Dafür werden die Mittel vom Haushalt des Bauamtes in den Haushalt des Büros für Sozialplanung übertragen.**
- 2. Das Dezernat für Soziales und Integration wird beauftragt, eine Ausschreibung gemäß den Förderrichtlinien für die Weiterführung der Quartiersmanagements im nördlichen Innenstadtrand mit den Standorten Meller Straße/Kamphofviertel und Herforder Straße/Am Lehmstich über die Zentrale Vergabestelle vorzubereiten.**
- 3. Nach Abschluss des Auswahlverfahrens wird der geeignetste Bieter für den Zeitraum vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2027 beauftragt werden.**
- 4. Die Finanzierung erfolgt über eine Laufzeit von drei Jahren,**

vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2027. Die erforderlichen Eigenanteile in Höhe von ca. 20.000 € jährlich (20 %) für die Jahre 2025 bis 2027 werden aus Minderaufwendungen von 12.000 € jährlich im selben Zeitraum für die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung des Stadtteilzentrums Windflöte finanziert. Die Restbeträge werden im Budget des Büros für Sozialplanung erwirtschaftet.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

### **Weiterentwicklung der Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8478/2020-2025

8687/2020-2025 (Gemeinsamer Antrag)

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger und Herr Heckersdorf führen in die Thematik ein. Ihre Präsentation steht als **Anlage 3** zu TOP 10 der 41. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Zunächst erläutern sie die drei kurzfristig möglichen Maßnahmen näher, für deren Umsetzung die Verwaltung um die Unterstützung durch den Sozial- und Gesundheitsausschusses bittet. Dann gibt Erster Beigeordneter Herr Nürnberger einen Überblick über mögliche Ansätze gegen Wohnungslosigkeit. Anschließend informiert er darüber, was mit einer Anlaufstelle im Bahnhofsquartier erreicht werden sollte. Herr Heckersdorf ergänzt, wie der Sozialplanungs-Prozess hierfür ablaufen sollte und stellt als dritten Baustein - neben den verbesserten Hilfen und der polizeilichen Arbeit - Ideen zur positiven Belebung der Plätze und Viertel vor.

Herr Kollmeier stellt den Antrag der Koalition vor und begründet ihn.

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 10.09.2024 (Drucks.-Nr. 8687/2020- 2025):

Antragstext:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die unter I. formulierten Maßnahmen (1.-3.) zur kurzfristig umsetzbaren Weiterentwicklung des Suchthilfesystems umzusetzen. Die Maßnahmen unter II. – V. sollen weiter planerisch verfolgt werden. Hierbei sollen der Finanzierungsaufwand berechnet und ein Finanzierungsvorschlag erarbeitet werden. Über die Entwicklungen der Planung soll regelmäßig im Ausschuss berichtet werden.“

Herr Hood sieht die Weiterentwicklung der Hilfen positiv, er hält es aber für notwendig, dass die umfassenden Ideen inhaltlich noch weiterentwickelt würden. Bei der 90/10-Öffnung der Drogenhilfe sollten die Herkunftsorte der Konsument\*innen statistisch erfasst und ausgewertet werden. Für die Verbesserung der Situation von Wohnungslosen sei es vor allem wichtig, mehr Wohnraum zu generieren. Auch weitere Akteure wie die Soziale Wohnraumagentur sollten eingebunden werden. Er bedauert, dass die

Überlegungen zu einer Anlaufstelle im Bahnquartier schon in der Öffentlichkeit kursierten, ohne dass über das Konzept beraten worden sei. Die Sucht- und die Wohnungslosenhilfe aller Akteure sollten verstärkt zusammen gedacht werden und sich nicht nur auf die Situation im Bahnquartier beziehen.

Herr Adamski berichtet, dass er den Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss (HWBA) am nächsten Tag mit einer Informationsvorlage über die Ergebnisse des Runden Tisches informieren werde. Gewaltvorbeugung, Verhaftungen und Strafverfolgung seien originäre Polizeiaufgaben. Auch die vereinbarte Prävention sei wichtig, positive Angebote seien ein erster Schritt.

Herr vom Braucke beantragt für die FDP-Fraktion die 1. Lesung für den Antrag, da in verschiedenen Bereichen – auch im Hinblick auf die Sitzung des HWBA – Beratungsbedarf bestehe. Zudem seien ihm die Ziele aus der Informationsvorlage nicht ausreichend klar, das Ausstiegs- und Aufstiegsversprechen werde zu wenig gewürdigt. Aus diesen Gründen könne er dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Herr Copertino teilt für die CDU-Fraktion mit, dass sie dem Antrag bezüglich der Punkte I 1. (Peer-to-Peer Beratung) und I.3. (Sonntagsöffnung im Drogenhilfezentrum) aus der Informationsvorlage (Drucks.- Nr. 8478/2020-2025) zustimmen könne. Für Punkt I. 2. (Zugang für Nicht-Bielefelder\*innen) gebe es noch Informationsbedarf zu den finanziellen Auswirkungen und dem personellen Aufwand sowie der Anzahl der hinzukommenden Personen, die nicht in Bielefeld gemeldet seien, sich aber vorwiegend hier aufhielten.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Intention des Sozialdezernates, Menschen am Rand der Gesellschaft, die wohnungslos und/oder suchtkrank seien, in ihrer problematischen Lebenssituation mehr Angebote machen und mehr Würde geben zu können und dadurch die Situation auf der Straße für alle zu verbessern. Dabei müsse akzeptiert werden, dass für viele Betroffene ein Ausstieg aus der Sucht zu schwierig bzw. eine Heilung von der Sucht sehr unwahrscheinlich sei, z.B. bei Crack-Süchtigen. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger sähe es mit Bedauern, wenn der Start der Peer-to-Peer Beratung aufgrund einer 1. Lesung verzögert würde.

Herr Dr. Sander merkt an, dass der AfD-Ratsgruppe bei den Maßnahmen die Repression fehle. Es sehe die Öffnung des Drogenhilfesystems für Nicht-Bielefelder\*innen kritisch, da er zukünftig weitere Öffnungen befürchte.

Herr Klein sieht in den vorgeschlagenen Maßnahmen gute Impulse in die richtige Richtung. Er befürworte eine schnelle Umsetzung der Punkte I. 1. bis 3. und sei gespannt auf die Diskussion im Psychiaterbeirat am 25.09.2024. Herr Klein weist ergänzend auf die EX-IN-Genesungsbegleitungen hin.

Auf die Frage von Frau Adilovic berichtet Herr Heckersdorf von bereits gemachten Erfahrungen der Drogenhilfe und der Sozialarbeit (Projekt „Pasumi“ sowie niedrigschwellige Beratung mit einer Migrant\*innenorgani-

sation abends am Grünen Würfel), die in die jetzt vorgestellten Maßnahmen eingeflossen seien. Das Interessenbekundungsverfahren müsse die Zweckbestimmung der eingesetzten Finanzmittel berücksichtigen. Es gehe um Prävention, wenn in der aufsuchenden Arbeit frühzeitig das Thema „Konsum“, z.B. auch von Lachgas, angesprochen werde. Eine gewisse Qualifikation durch Schulungen, die die Suchthilfe anbieten könne, sei ebenfalls Voraussetzung.

Frau Weißenfeld möchte die genannten Themen und Argumente gerne im Oktober weiter im Ausschuss diskutieren, gleichzeitig aber die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht verzögern. Daher sei im Sinne der Koalition eine Beschlussfassung zu ihrem Antrag, mindestens zu den Punkten I.1. und I.3. erforderlich. Um zu klären, ob das heute möglich sei, beantragt Frau Weißenfeld eine Sitzungsunterbrechung.

Die Anwesenden stimmen dem Geschäftsordnungsantrag auf Sitzungsunterbrechung zu.

-----  
- *Sitzungsunterbrechung von 19:55 bis 20:00 Uhr* -  
-----

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilt Frau Weißenfeld mit, dass die Anwesenden anstelle einer 1. Lesung mit einer Abstimmung über den folgenden geänderten Beschlussvorschlag einverstanden sind:

*Beschlussvorschlag:*

*Die Verwaltung wird beauftragt, die unter I. formulierten Maßnahmen (1. + 3.) zur kurzfristig umsetzbaren Weiterentwicklung des Suchthilfesystems umzusetzen.*

Hierüber lässt Vorsitzende Frau Gorsler abstimmen.

**Beschluss über die Drucks.-Nr. 8678/2020-2025:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, die unter I. formulierten Maßnahmen (1. + 3.) zur kurzfristig umsetzbaren Weiterentwicklung des Suchthilfesystems umzusetzen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen –

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 8478/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

## Zu Punkt 11

### Sachstand Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger und Frau Krutwage berichten anhand einer Präsentation über den Sachstand. Ihre Präsentation steht als **Anlage 4** zu TOP 11 der 41. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger betont, dass es sich bei den Informationen um den aktuellen Diskussionsstand handele, Entscheidungen hierzu seien noch offen.

Zu A.: Die Unterbringung Ernst-Rein-Straße könne fortgeführt werden, dabei sei eine gute Betreuung der Untergebrachten notwendig. Auch würde der Erhaltungsaufwand der Container von Monat zu Monat höher. Die Verwaltung möchte diese Einrichtung aus inhaltlichen Gründen für die bisherige Klientel erhalten.

Zu B.: Die fachlich angemessene Beibehaltung der „KAVA“ nach einer Grundsanierung werde angestrebt, sei aber nicht die wirtschaftlichste Lösung, denn es sei eine deutliche Mieterhöhung zu erwarten.

Zu C. und D.: Die Problematik sei der zeitliche Druck, denn es würden Lösungen für den kommenden Winter benötigt.

Zu E.: Zum Lutherstift seien weitere Überlegungen angestellt und Gespräche geführt worden, u.a. mit der Altstadt-Kaufmannschaft. Dabei seien die Anregungen dieses Ausschusses aufgegriffen worden. Dies hätte zu der nun vorgestellten Alternative einer deutlich kleineren Einrichtung in nur einem Gebäudeflügel geführt. Ob dies eine Lösung bis zum nächsten Winter werden könne, könne er derzeit nicht voraussehen.

Erstem Beigeordnetem Herrn Nürnberger ist wichtig, dem Sozial- und Gesundheitsausschuss die dringende Notwendigkeit einer kurzfristigen Lösung darzustellen. Das Gremium werde weiterhin zeitnah informiert.

Herr Hood bedankt sich für die Information und begrüßt sowohl die kleinere Lösung für das Lutherstift als auch die Möglichkeit, die Einrichtung an der Ernst-Rein-Str. weiterzuführen. Frau Krutwage antwortet auf seine Frage zur Betreuung im Lutherstift, dass geprüft werde, ob sie durch kommunale Sozialarbeit sichergestellt werden könne so wie in der Einrichtung Kreuzstraße. Die große Herausforderung sei die Belegung mit Personen, die das Angebot so störungsfrei wie möglich für das Umfeld nutzen.

Herr Eilmes möchte nähere Informationen zur Ertüchtigung der „KAVA“. Hierzu antwortet Erster Beigeordneter Herr Nürnberger, dass es um eine Grundsanierung gehe, die nicht im laufenden Betrieb möglich sei. Daher werde die „KAVA“ gegebenenfalls in einen Flügel der alten FH ausweichen müssen, der dafür von der Künstlergruppe „Ostblock“ absprachegemäß freigegeben werden müsse. Eine Alternative sei möglicherweise, die „KAVA“ vorübergehend im Lutherstift unterzubringen. Hier gebe es noch Klärungsbedarf.

-.-.-

**Zu Punkt 12**      **Ergebnisse der Prüfung, ob die Beschäftigung eigener Gebärdensprachdolmetscher\*innen bei der Stadt Bielefeld vorteilhaft sein könnte**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8498/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler kündigt an, dass die Informationsvorlage und die Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen in die Haushaltsberatungen einfließen würden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 8498/2020-2025 in **erster Lesung** zur Kenntnis. -

-.-.-

**Zu Punkt 12.1**      **Beschäftigung eigener Gebärdensprachdolmetscher\*innen bei der Stadt Bielefeld (Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 04.09.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8644/2020-2025/1

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 8644/2020-2025 in **erster Lesung** zur Kenntnis. –

-.-.-

**Zu Punkt 13**      **Ergebnisse der Prüfung, ob eine interne Lösung für Leichte Sprache bei der Stadt Bielefeld vorteilhaft sein könnte**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8499/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler kündigt an, dass die Informationsvorlage und die Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen in die Haushaltsberatungen einfließen würden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 8499/2020-2025 in **erster Lesung** zur Kenntnis. -

-.-.-

**Zu Punkt 13.1**      **Implementierung einer internen Lösung für Leichte Sprache bei der Stadt Bielefeld (Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 04.09.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8645/2020-2025/1

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 8645/2020-2025 in **erster Lesung** zur Kenntnis.

-

-.-.-

#### Zu Punkt 14

#### Auswertung der Eigenanteilsabfrage bei den Trägern der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8500/2020-2025

Herr Hood dankt den Beteiligten für die Vorlage. Die Herausforderung sei, dem hohen Eigenanteil bei einem festgelegten Budget in den Verhandlungen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen gerecht zu werden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 8500/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

#### Zu Punkt 15

#### Anpassung der angemessenen Kosten der Unterkunft

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8343/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 8343/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

#### Zu Punkt 16

#### Digitalisierung im Gesundheitsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8449/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt Frau Berg als Berichterstatterin. Beigeordneter Herr Adamski führt in das Thema ein. Frau Berg berichtet anhand einer Präsentation über die Digitalisierung im Gesundheitsamt im Rahmen des ÖGD-Paktes. Die Präsentation steht als **Anlage 5** zu TOP 16 der 41. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Frau Berg beantwortet im Anschluss Fragen der Anwesenden. Terminvereinbarungen seien weiterhin auch nicht digital möglich. Es gebe keine Doppelstrukturen, sondern das Gesundheitsamt nutze die bei der Stadt Bielefeld vorhandenen Tools für die Terminvergabe und das Intranet. Für die e-Akte werde wie in der restlichen Verwaltung n-scale eingesetzt und es werde eng mit dem Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen zusammengearbeitet.

Beigeordneter Herr Adamski sieht in den Projektergebnissen eine Blaupause für die Digitalisierung der Verwaltung, sofern deren Umsetzung nicht durch fiskalische Zwänge gehemmt werde.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 8449/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

**Zu Punkt 17**      **Sachstand Gesundheitsmanager**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8505/2020-2025

Frau Weißenfeld bekräftigt, dass der Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom März weiter gelte und in die Haushaltsberatungen einfließen werde, möglicherweise erst in die Schlussberatungen.

Herr Adamski beantwortet die Frage von Herrn vom Braucke, dass die von der Verwaltung ursprünglich vorgeschlagene halbe Stelle eines Gesundheitsmanagers/einer Gesundheitsmanagerin seitens der Politik auf eine ganze Stelle erweitert worden sei.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 8505/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

**Zu Punkt 18**      **Haushaltsplanberatungen für den Doppelhaushalt 2025/2026 (1. Lesung)**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die vorliegenden Beschlussvorlagen, die in erster Lesung zur Kenntnis genommen würden.

Fragen hierzu sollten der Verwaltung schriftlich bis zum **06.10.2024** gestellt werden, um eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu gewährleisten.

**Zu Punkt 18.1**      **Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2025/2026 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8354/2020-2025

- 1. Lesung -

-.-.-

**Zu Punkt 18.2**      **Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2025/2026 für den Stab des Dezernates Soziales und Integration**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8549/2020-2025

- 1. Lesung -

-.-.-



**Zu Punkt 18.3 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2025/2026 für das Kommunale Integrationszentrum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8463/2020-2025

**- 1. Lesung -**

-.-.-

**Zu Punkt 18.3.1 Übernahme der Mitgliedschaftskosten in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus durch das Kommunale Integrationszentrum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8462/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler stellt fest, dass, auch die Vorlage zum Antrag des Integrationsrates (Drucks.-Nr. 8462/2020-2025) im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen zu behandeln sei.

**- 1. Lesung -**

-.-.-

**Zu Punkt 18.4 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2025/2026 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8543/2020-2025

**- 1. Lesung -**

-.-.-

**Zu Punkt 18.5 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2025/2026 für das Büro für Sozialplanung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8501/2020-2025

**- 1. Lesung -**

-.-.-

**Zu Punkt 19**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Frau Harmsen berichtet über den Zwischenstand zu den Beschlüssen zum Taubenkonzept. Es könne nur umgesetzt werden, wenn die dafür nötigen Finanzmittel bereitgestellt würden. Andernfalls sei nur ein generelles Fütterungsverbot möglich.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über die Verhandlungen zu einem Azubi-Wohnheim, bei denen die Rückmeldung des Investors noch ausstehe.

Herr Hood bittet darum, dass das zuständige Baudezernat in der nächsten Sitzung des SGA zum Sachstand der öffentlichen Toiletten berichtet.

Frau Harmsen teilt den Sachstand zur Errichtung von Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum mit. In allen Bezirken werde ein einheitliches Modell unterstützt von einem Sponsor aufgestellt werden.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Gez.

---

Sylvia Gorsler

Gez.

---

Britta Zimmermann